VISION RHEINTAL 2016+ FOKUSGRUPPE EXPERTEN DOKUMENTATION

18. Oktober 2016 Siechenhaus, Bregenz

vision rheintal Jahnstraße 13 – 15

Vision Rheintal 6900 Bregenz





FOKUSGRUPPE EXPERTEN

Die Fokusgruppe Experten wurde am 18. Oktober 2016 im Siechenhaus in Bregenz abgehalten – mit knapp 20 TeilnehmerInnen.







ABLAUF DER DISKUSSION

Die dreistündige Diskussionsrunde war in 6 Abschnitte gegliedert.

01

Wo stehen wir heute?

Kurz-Bericht über Status-Quo Prozess Vision Rheintal 2016+

02

Welche zukünftigen Themenschwerpunkte sind denkbar?

Ergebnisse ARGE Inhalte

03

Welche Überlegungen haben Experten dazu?

Detail-Diskussion
Themenschwerpunkte

04

Welche sonstigen Themen bewegen Experten?
Blick über den Tellerrand

05

Welche Erfolgsfaktoren sehen Experten für gemeindeübergreifende Planungsprozesse?

06

Wie geht's weiter im Prozess?

Ablauf nächste Schritte im Prozess

Vision Rheintal 2016+



THEMENBLOCK 1: SIEDLUNGSENTWICK-LUNG NACH INNEN

Aufgabenstellung für die Experten:

Im Themenschwerpunkt Siedlungsentwicklung:

- Welche Herausforderungen / Fragestellungen / Aufgaben sehen Sie als <u>Experte</u> auf die Gemeinden im Rheintal in den kommenden Jahren zukommen?
- <u>Welche dieser</u> <u>Herausforderungen/Aufgaben sind nur</u> gemeindeübergreifend lösbar?
- Mit welchen Themen sollte sich daher
 Vision Rheintal (oder eine andere Struktur)
 in den kommenden Jahren beschäftigen?

Gesamt-Ziele:

Wie funktioniert das Zusammenleben im Rheintal in den nächsten Jahren/Jahrzehnten?

Wie soll sich dieser Raum entwickeln?

Rahmenvorgaben:

Halten der Siedlungsgrenzen – strategisch geplante Verdichtung

Stärkung der Ortszentren (für hochwertige Verdichtung sind funktionierende Ortszentren wichtig)

Dichte & Qualität des öffentlichen Raumes

Leerstands-Management

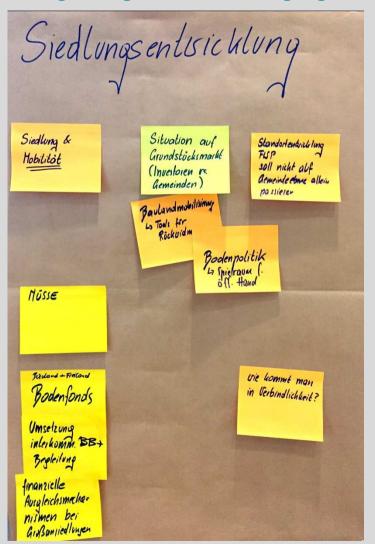
Bauland-Mobilisierung

Umgang mit Höhe

Instrumente der Siedlungsentwicklung

Gemeinnütziger
Wohnbau und regionale
Abstimmung









Folgende Ergänzungen zu den Überlegungen der ARGE Inhalte wurden vorgenommen:

Dichte und Qualität des öffentlichen Raums

- Bewusstseinsbildung als wichtiger Aspekt für die Akzeptanz von Veränderung (z.B. Verdichtung). Die Begriffe Dorf-Stadt-Land sind im heutigen Sprachgebrauch zu hinterfragen und sollten anders besetzt werden. Die Beteiligung sollte breit aufgestellt sein (Bevölkerung miteinbeziehen), und es braucht mehr öffentlichen Diskurs sowie gute Vorbilder. Themenspezifisch sollen aktiv Verbündete gesucht werden (z.B. Industriellenvereinigung)
- Es gilt, das Spannungsfeld zwischen Verdichtung und Lebensqualität (Durchgrünung) zu beachten.
- Qualität und Funktion des Zentrums (Nahversorgung, Handel, Wohnen etc.) sind wichtiges Zukunftsthema, wobei auch die urbanen Fragmente mitgedacht werden müssen. Für die alten und neuen Zentren soll das System der Polyzentrik weiterentwickelt werden. Zentren stärken muss auch bedeuten: Restriktionen an anderen (Stand-)Orten.

Umgang mit Höhe

Ein regionales Höhenleitbild ist "relativ leicht" umsetzbar und sollte rasch angegangen werden.

Leerstands-Management

- Zweitwohnsitze als Problem thematisieren (Infrastrukturkosten, Preistreiber für Wohnungsmarkt)
- Die Frage der Nachnutzung von Wohnungen und Gewerbe sollte gemeindeübergreifend gestellt werden.



Folgende Ergänzungen zu den Überlegungen der ARGE Inhalte wurden vorgenommen:

Instrumente der Siedlungsentwicklung

- Auch bzw. gerade bei schwierigen Themen (Zentren, leistbares Wohnen, Dichte/Höhe, Baulandmobilisierung etc.) sollte das Land mit geeigneten rechtlichen Instrumentarien unterstützend wirken.
- Ein regionales REK wird als wichtiger Schritt in Richtung Rheintalstadt gesehen (Anm.: Meldung aus Gruppe Gemeindekooperationen).
- Standortentwicklung (FWP) soll nicht auf Gemeindeebene allein passieren, es gilt, gemeinsam die optimale Nutzung zu finden.
- Es sollte auch hinterfragt werden, ob die FWP-Kategorien noch den heutigen Anforderungen entsprechen (z.B. in Zusammenhang mit Verdichtung, neuen Wohnformen, Durchmischung von Wohnen und Arbeiten etc.)
- Generell besteht der Wunsch nach mehr Verbindlichkeit, wobei regionale Vereinbarungen mit Selbstverpflichtung anzustreben sind.

Bauland-Mobilisierung

Themen, die unbedingt angegangen werden müssen:

- Situation auf dem Grundstücksmarkt (Investoren vs. Gemeinden)
- In der Bodenpolitik braucht es Spielraum für die öffentliche Hand.
- Es braucht auch ein rechtliches Instrumentarium für Rückwidmungen.
- Wichtig wäre die Einrichtung eines Bodenfonds (für Bauland und Freiland)



Folgende Ergänzungen zu den Überlegungen der ARGE Inhalte wurden vorgenommen:

- Es braucht leistbare Wohnungen an geeigneten Standorten. Es braucht diesbezüglich auch neue Wohnformen (und einhergehend mit der demographischen Entwicklung)
- Siedlung und Mobilität dürfen nicht getrennt betrachtet werden, ein Beispiel wäre das Prinzip der kurzen Wege (Durchmischung von Wohnen und Arbeiten). Generell soll das Thema Verkehr gemeindeübergreifend angegangen werden.
- Wichtig für das Gelingen von solchen Prozessen ist eine entsprechende Planungskultur zwischen den Akteuren. Der Schwarze Peter sollte gerecht verteilt werden, damit nicht immer nur eine Institution als "böse" dasteht.
- Der Klimawandel und die angemessene Reaktion darauf dürfen nicht vergessen werden (Stichworte: Eigenversorgung, Naturgefahren, Flüchtlingsbewegungen).

Anm.: Die in diesem
Themenblock ebenfalls
genannten Stichworte
"Interkommunale Betriebsgebiete"
und "Finanzielle Ausgleichsmechanismen bei Großansiedelungen" wurden
thematisch Themenblock 2
zugeordnet.



ZUSAMMENSCHAU THEMENBLOCK 1: SIEDLUNGSENTWICKLUNG (NACH INNEN)

Themenblock 1	Detail-Fragestellungen	
Teilbereiche	Input ARGE Inhalte	Input Fokusgruppe Experten
Dichte & Qualität des öffentlichen Raumes	 Bewusstseinsbildung nach Innen für Dichte & Qualität Aufbau von Know-how in den Gemeinden für Dichte & Qualität (Planungsausschüsse, Gemeindevertreter, etc.) Besonderer Fokus im Know-how-Aufbau: wie schaffe ich das in den kleineren Gemeinden? 	 Bewusstseinsbildung als wichtiger Aspekt (die Begriffe Dorf- Stadt - Land im Sprachgebrauch anders besetzen) Qualität und Funktion des Zentrums (auch die urbanen Fragmente mitdenken) aktiv Verbündete suchen (zB IV)
Umgang mit Höhe	 regionale Abstimmung bei Höhen (inkl. Betriebsgebiete) Verwaltungsvereinfachungen bei Bauhöhen Anreizsysteme für höheres (und dichteres) Bauen im Siedlungskern Fokus Betriebsgebiete: geordnete, regional abgestimmte Höhenentwicklung (→ wo vertragt es welche Höhen?) 	Regionales Höhenleitbild!



ZUSAMMENSCHAU THEMENBLOCK 1: SIEDLUNGSENTWICKLUNG (NACH INNEN)

Themenblock 1	Detail-Fragestellungen	
Teilbereiche	Input ARGE Inhalte	Input Fokusgruppe Experten
Leerstands- Management	 Schaffung von Anreizsystemen zur Aktivierung von Leerständen Hilfestellung bei Leerstands-Management Operationalisierung des Leerstands-Managements: ⇒ Erhebung der Leerstände in Gemeinden/Regionen → Information, → Clearing-Funktion 	 Zweitwohnsitze als Problem thematisieren Nachnutzung von Wohnungen und Gewerbe
Instrumente der Siedlungs- entwicklung	 Ausschöpfen / Verstärkte Nutzung bestehender rechtlicher und fachlicher Instrumente →verpflichtende Baugrundlagen-Bestimmung → Räumliche Entwicklungskonzepte (REKs) → Aufwertung des Gestaltungsbeirats oder anderer Gremien → Masterplan → Dichtebox Nachdenken über gesetzliche Maßnahmen & Anreiz-Maßnahmen (Push & Pull) übergeordnetes Ziel: strategisch geplante Verdichtung 	Regionales REK als Schritt in Richtung Rheintalstadt



ZUSAMMENSCHAU THEMENBLOCK 1: SIEDLUNGSENTWICKLUNG (NACH INNEN)

Themenblock 1	Detail-Fragestellungen	
Teilbereiche	Input ARGE Inhalte	Input Fokusgruppe Experten
Bauland- Mobilisierung	 rechtliche Entwicklungen für Bauland-Mobilisierung → Grundverkehrs-Gesetz (Stichwort Gemeinden kaufen Grund) Instrumente für Bauland-Mobilisierung → wir bringt man ungenützte Flächen auf den Markt? Aktive Bodenpolitik der Gemeinden → Abwicklung, Finanzierung, Strukturen dafür? → welche Möglichkeiten gibt es für kleinere, finanzschwache Gemeinden? Bodenfonds für leistbares Wohnen 	 Situation auf dem Grundstücksmarkt (Investoren vs. Gemeinden) Bodenpolitik - es braucht Spielraum für die öffentliche Hand Harte NUSS: Bodenfonds
Gemein- nütziger Wohnbau und regionale Abstimmung	 Ausgleichsmechanismen für "belastete" Gemeinden Vertiefung der Kenntnisse über die Situation im Quartier Großräumige Verteilung Gemeinnütziger Wohnungen (im Rheintal) 	 leistbares Wohnen, neue Wohnformen als wichtiges Thema



THEMENBLOCK 2: GEMEINDEKOOPER-ATIONEN & RAHMEN DAFÜR

Aufgabenstellung für die Gemeindevertreter:

Im Themenschwerpunkt Gemeindekooperationen:

- Welche Herausforderungen / Fragestellungen / Aufgaben sehen Sie als Gemeindevertreter auf Ihre Gemeinde bzw. das Rheintal in den kommenden Jahren zukommen?
- Mit welchen Themen sollte sich daher Vision Rheintal (oder eine andere Struktur) in den kommenden Jahren beschäftigen?

Gesamt-Ziele:

Wie funktioniert das Zusammenleben im Rheintal in den nächsten Jahren/Jahrzehnten?

Wie soll sich dieser Raum entwickeln?

Rahmenvorgaben:

Handlungsspielraum der Gemeinden erhöhen (für eigene Projekte, Aufgaben und Themen)

Sicherstellung/Stärkung der Gleichwertigkeit der Qualität in der Daseinsvorsorge

System der zentralen Orte (Fundament für Kooperationen – als System zur Regelung der zukünftigen Daseins-Vorsorge)

Kooperationen

(Anwendung des Systems der zentralen Orte)

Fokus Kleinere Gemeinden









- Es gibt einen großen Wildwuchs an Kooperationen (aufgezeigt am Bsp. der Stadt Feldkirch) und die Zahl wächst weiter an.
 Gemeinden werden alleine schon von den personellen Kapazitäten zerrissen, in all diesen Kooperationen tätig zu sein.
- Dabei fehlt eine übergeordnete Gesamtstrategie für alle Kooperationen (was ist das Ziel dahinter, welche Schlüsselthemen, etc.) - Fokus auf Gesamtstrategie, nicht nur auf Raumplanungs-Kooperationen.
 - → Dabei müssen alle relevanten Player berücksichtigt werden (Regios, BH, Land, Bürgermeister etc.)
 - → eine aktive Rolle des Landes ist gefordert dabei (auch wenn eine gewisse Gefahr in der aktiven Rolle des Landes gesehen wird - es dürfen keine neuen Regulativen entstehen).
 - → Grundsatzfrage ans Land: Forderung oder Förderung?
- Prinzipiell (auch wenn es gute Ausnahmen gibt) herrscht in Kooperationen die "organisierte Unverbindlichkeit". Was es aber braucht, ist stärker professionalisierte, verbindlichere Organisationsstrukturen. Wenn wir Urbanität im Rheintal als Zentralthema / Ziel sehen, dann braucht es Planung und Organisation auf städtischem Niveau.

- Es gibt gute Ansätze an Kooperationen: wie bspw. die Baurechtsverwaltung im Vorderland (und andere). Aber auch hier gilt es, diese Ansätze weiterzuentwickeln und auszuweiten in Richtung bspw. Ortsplanung und Quartiersentwicklung.
- Nicht alle aktuellen Kooperationen sind wirklich unverbindlich.
- ACHTUNG: das übergeordnete Ziel der stärkeren Urbanität im Rheintal steht teilweise in Gegensatz zur Sichtweise vieler Bürgermeister, die sich noch stärker als ländlichen Raum verstehen.



- Für stärkere Verbindlichkeit muss es eine "Abgabe von Macht" in den Gemeinden geben – Transfer auf eine Zwischenebene, die mit klaren Strukturen und Macht ausgestattet ist. Wenn man stärkere Verbindlichkeit will, darf man nicht alles in den Händen der Bürgermeister belassen.
- Diese Zwischenebene muss mit einem Katalog an Aufgaben ausgestattet werden, wobei sauber zu klären ist, welche Ebene mit welchen Aufgaben betraut ist (auf welcher Kooperationsebene ist welche Aufgabe gut angesiedelt?).
- Gleichzeitig ist deutlich festzustellen, dass diese Strukturentwicklung kein Einstieg in die Diskussion von Fusionen bedeutet.
- Die Grundsatzfrage, die dabei zu klären ist, stellt die Frage nach dem Umfang dar: liegt der Fokus eng auf Raumplanung oder werde breiter soziale Themen integriert?
- Die politische Situation / gesellschaftliche Entwicklung zeigt auch, dass Entscheidungen auf Gemeindeebene immer schwieriger werden.

- Kooperationen sind langwierige Lernprozesse. Diese müssen stärker (= breiter und schneller) gestaltet werden. Das Lernen muss in die Breite getragen werden (über Bürgermeister hinaus in Richtung Gemeindevertreter/Fraktionen und Mitglieder der Planungsausschüsse).
- In vielen Gemeinden (abgesehen von den großen Städten) fehlen für gewisse Themen (insb. Raumplanung) die personellen Ressourcen (erforderliches Know-how, Zeit, etc.). Es braucht also im Tun mehr Professionalität. Darüberhinaus lassen sich einige zukünftige Herausforderungen (z.B. Flüchtlinge) nicht mehr in Kleinstrukturen alleine lösen.



- Ein regionales REK kann der nächste Schritt der Entwicklung in diese Richtung sein. Aber ACHTUNG: mit REK's gehen Gemeinden sehr unterschiedlich um, die Verbindlichkeit wird sehr unterschiedlich gesehen.
- Daher ist Bewusstseinsbildung nach wie vor sehr wichtig. Wir haben in Vorarlberg keine langjährige Tradition von gemeindeübergreifender Planung, wie es bspw. die Schweiz mit der Kantonalplanung hat.
- Es sind zumindest einzelne Themen als übergeordnete Projekte anzugehen (wenn schon nicht von Beginn weg eine übergreifende Gesamtplanung möglich ist): für diesen Start muss auch möglich sein, dass es kleinere Runden von Kooperationen gibt (mehrere Gemeinden, aber nicht das gesamte Rheintal). Es sollte das Prinzip der Flexibilität gelten – wenn Kooperation in kleineren Einheiten passiert, dann ist das besser als es passiert gar nichts. Aber es muss der rote Faden darüber sichergestellt werden.



ZUSAMMENSCHAU THEMENBLOCK 2: GEMEINDEKOOPERATIONEN UND RAHMEN DAFÜR

Themenblock 2	Detail-Fragestellungen	
Teilbereiche	Input ARGE Inhalte	Input Fokusgruppe Experten
System der zentralen Orte (Fundament für Kooperationen – als System zur Regelung der zukünftigen Daseins-Vorsorge)	 Festlegung der zentralen Orte nach ihrer Funktion (themenspezifisch vs. generell) Notwendige Rahmenbedingungen für ein System der zentralen Orte (rechtlich und organisatorisch) Ausgleichsmechanismen zwischen den Orten → nicht nur finanzielle Ausgleichsmechanismen Neuschaffung von Anreizsystemen und Optimierung bestehender Anreizsysteme (Fördersysteme des Landes) zur Förderung von Kooperationen → monetäre Anreizsysteme → aber auch nicht-monetäre Systeme Entwicklung von Kooperations-Masterplänen → Freizeit → Schule → Soziales → Verwaltung 	 Wenn Urbanität / Rheintalstadt weiterentwickelt werden soll, dann braucht es Planung/ Organisation auf städtischem Niveau → Kooperationen müssen Qualität steigern → stärker professionalisierte und verbindliche Strukturen dafür → REK als nächster Schritt dazu Achtung: es gibt unterschiedliche Vorstellungen zur Verbindlichkeit von REKs, daher Information und Bewusstseinsbildung wichtig) Achtung: Befragung Frau Salzmann bei Bürgermeistern: noch herrscht das Dorf im Kopf vor → Schaffung einer Zwischenebene zwischen Land und Gemeinden mit Auftragsklärung, Aufgabenklärung. Unterschiedliche Meinungen: Zwischenebene für Raumplanungs-Kooperationen oder Zwischenebene für alle Themen Es braucht eine planerisch sinnvolle räumliche Verteilung von sozialen Infrastrukturen Harte NÜSSE: Finanzielle Ausgleichsmechanismen bei Großansiedelungen (z.B: EKZ; nicht nur Betriebe)



ZUSAMMENSCHAU THEMENBLOCK 2: GEMEINDEKOOPERATIONEN UND RAHMEN DAFÜR

Themenblock 2	Detail-Fragestellungen	
Teilbereiche	Input ARGE Inhalte	Input Fokusgruppe Experten
Kooperationen (Anwendung des Systems der zentralen Orte)	 Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeit von Kooperationen Abstecken von Bereichen für verpflichtende Kooperationen Entwicklung von "Mindeststandards" für autonome Gemeinden (was sind die Basics, die ohne Kooperation vorhanden sein müssen) 	 Wildwuchs an Kooperationen (Bsp. Feldkirch) es fehlt eine übergeordnete Gesamtstrategie (was ist das Ziel dahinter, welche Schlüsselthemen, etc.) - Fokus auf Gesamtstrategie, nicht nur auf Raumplanungs-Kooperationen. → Dabei müssen alle relevanten Player berücksichtigt werden (Regios, BH, Land, Bürgermeister etc.) → eine aktive Rolle des Landes ist gefordert dabei (auch wenn eine gewisse Gefahr in der aktiven Rolle des Landes gesehen wird - es dürfen keine neuen Regulativen entstehen). → Grundsatzfrage ans Land: Forderung oder Förderung? Harte NUSS: Umsetzung der interkommunalen Betriebsgebiete inkl. fachlicher Begleitung



ZUSAMMENSCHAU THEMENBLOCK 2: GEMEINDEKOOPERATIONEN UND RAHMEN DAFÜR

Themenblock 2	Detail-Fragestellungen	
Teilbereiche	Input ARGE Inhalte	Input Fokusgruppe Experten
Fokus Kleinere Gemeinden	 gebündelte Unterstützung (nicht gemeinde- individuelle Unterstützung, sondern im Rahmen von größeren Einheiten) bei → Bauverwaltung / Baurechtsverwaltung → Raumplanung auch als Entlastung für Abt. VIIa/Land 	 abgesehen von den großen Städten fehlt es an Zeit, Geld und Know-how in den Kooperationen viele Themen sind in kleineren Regionen innerhalb des Rheintals besser aufgehoben → Themen mit kleineren Gruppen angehen → flexiblere Zusammensetzung von Gruppen und Themen

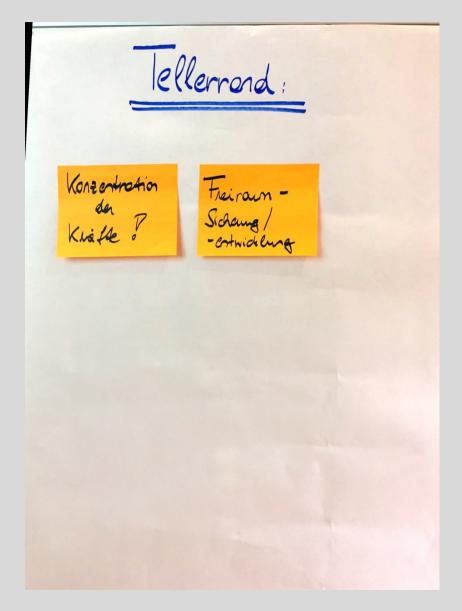


BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Aufgabenstellung für die Experten:

Über diese 2 Themenschwerpunkte (Siedlungsent-wicklung und Gemeinde-kooperationen) hinaus:

- Wo sehen Sie als Experten darüber hinaus mögliche Themenschwerpunkte in der gemeindeübergreifenden Raumplanung?
- In welchen anderen Bereichen braucht es aus Ihrer Sicht eine gemeindeübergreifende Planung / Abstimmung bzw.
 Zusammenarbeit?





BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Folgende weiteren Themenstellungen & Fragen wurden aufgeworfen: Was sollte zukünftig sonst noch bearbeitet und thematisiert werden, wenn es um gemeindeübergreifende Zusammenarbeit im Rheintal geht?

- Generell herrscht die Meinung vor, dass es zu den in der Fokusgruppe diskutierten Themen keine zusätzlichen Punkte mehr braucht. Wichtig ist es, sich auf wenige Themen zu konzentrieren.
- Wenn noch ein Thema aufgenommen werden soll, dann ist es der Freiraum und seine Entwicklung bzw. seine Sicherung unter dem Aspekt des großen Siedlungsdrucks (Stichwort: Siedlung vom Freiraum her denken).



ERFOLGSFAKTOREN

Aufgabenstellung für die Experten:

Erfolgsfaktoren:

Was sind aus Sicht der Experten die zentralen Erfolgsfaktoren für das Gelingen von gemeindeübergreifenden Planungsprozessen?





ERFOLGSFAKTOREN

Folgende Erfolgsfaktoren sind von der Gruppe im Zuge der Diskussion gesammelt worden:

- Transparenz: die gemeindeübergreifenden Prozesse müssen "durchsichtig" sein – Entscheidungen nachvollziehbar sein
- Kümmerer: es braucht Personen, die sich der Anliegen stark annehmen (nicht nur innerhalb Vision Rheintals – innerhalb des Rheintals und auch beim Land).
- Wichtigkeit/Not: die angegangenen Themen müssen für die Beteiligten gleich wichtig sein bzw. die Not muss groß genug sein (und damit der Druck, in Kooperation zu gehen) und die Resultate aus gemeindeübergreifenden Aktivitäten müssen einen erkennbaren Nutzen liefern. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen auf viele Schultern breit verteilt wird
- Ausgleichsmechanismen: es müssen die richtigen Rahmenbedingungen für Ausgleich (monetär, aber auch nichtmonetär) geschaffen werden

- Es muss innerhalb Vision
 Rheintal möglich sein, über
 Tabus, über schwierige bzw.
 unpopuläre Maßnahmen
 sprechen zu können
- Es gilt, handelnde Personen gezielt in Lernprozesse einzubinden und das auf breiter Basis (über Bürgermeister hinaus, auf Ebene darunter wie Gemeindevertreter und Mitglieder der Planungsausschüsse).



institut für marketing strategie beratung

Institut für Marketing - Strategieberatung GmbH & CoKG Claudiastraße 7, A-6020 Innsbruck ph. +43 512 934665, fax +43 512 562668 info@institutfuermarketing.com www.institutfuermarketing.com